

## Interview mit Willy Brandt anlässlich des zwanzigsten Jahrestages der Schuman-Erklärung (9 mai 1970)

**Legende:** Anlässlich des zwanzigsten Jahrestages der Schuman-Erklärung am 9. Mai 1970 betont Willy Brandt, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland (BRD), die historische Bedeutung der Vorschläge des französischen Außenministers und hebt die Verpflichtung und Notwendigkeit hervor, das Werk Schumans weiterzuverfolgen.

**Quelle:** Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. 12.05.1970, Nr. 64. Bonn: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. "Beitrag zur schöpferischen Neugestaltung Europas", p. 601-602.

**Urheberrecht:** (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/interview\\_mit\\_willy\\_brandt\\_anlasslich\\_des\\_zwanzigsten\\_jahrestages\\_der\\_schuman\\_erklarung\\_9\\_mai\\_1970-de-e4a52adf-9973-4c6e-99d9-8c6c00edd424.html](http://www.cvce.eu/obj/interview_mit_willy_brandt_anlasslich_des_zwanzigsten_jahrestages_der_schuman_erklarung_9_mai_1970-de-e4a52adf-9973-4c6e-99d9-8c6c00edd424.html)

**Publication date:** 03/07/2013

## Beitrag zur schöpferischen Neugestaltung Europas

### 20. Jahrestag der Erklärung Schumans zur Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl

#### Gemeinsames Bemühen um eine schrittweise Ausdehnung der europäischen Zusammenarbeit

#### Dank an Robert Schuman — Verpflichtung zur Fortführung seines Werkes

#### Bundeskanzler Willy Brandt gab dem Parlamentarisch-Politischen Pressedienst PPP zum 20. Jahrestag des Schuman-Plans am 9. Mai 1970 folgendes Interview:

##### Frage:

*Heute vor 20 Jahren, am 9. Mai 1950, wurde die Erklärung der französischen Regierung veröffentlicht, die unter dem Namen „Schuman-Plan“ Geschichte gemacht hat. Welche Bedeutung geben Sie rückblickend dieser Erklärung?*

##### Antwort:

Sie ist eine der wirklich schöpferischen Leistungen unserer Zeit. Robert Schuman gebührt ihretwegen bleibender Dank, ebenso wie seinem damaligen Berater Jean Monnet. Ihre Besonderheit sehe ich in zwei Elementen:

1. Die Gestaltung des Verhältnisses zu ehemaligen Kriegsgegnern ist gerade für demokratische Staaten besonders schwierig, weil die Emotionen der öffentlichen Meinung berücksichtigt werden müssen. Die Großzügigkeit, mit der Frankreich dem geschlagenen Deutschland im Schuman-Plan die Hand zu einer neuen und engen Verbindung entgegenstreckte, hebt sich von früheren geschichtlichen Erfahrungen ab. Die Erklärung hatte deshalb auch jene heilsame Schockwirkung, die notwendig war, um unsere zwei Völker aus ihrer jahrhundertalten, blutigen Verstrickung zu lösen.

2. Schuman wich mit seinem Plan von den Modellen klassischer Zusammenarbeit zwischen selbständigen Staaten ab, indem er vorschlug, auf einem begrenzten, aber entscheidenden Gebiet, der Kohle- und Stahlproduktion, die Ressourcen beider Völker unter eine „gemeinsame Oberste Aufsichtsbehörde“ zu stellen. Damit ist zum ersten Mal der so fruchtbare Gedanke des mit eigenen Rechten versehenen, unabhängigen Gemeinschaftsorgans verwirklicht worden. Mit der Wahl von Kohle und Stahl wollte Schuman zugleich jeden neuen Krieg materiell unmöglich machen. Dieser Aspekt sprach verständlicherweise die Vorstellungen der kriegsmüden Menschen besonders an.

Die Bereitschaft Frankreichs zu einer derartigen Politik der Gleichberechtigung hat das Verhältnis zwischen unseren beiden Völkern grundlegend gewandelt. Auf diesem Boden konnte die Aussöhnung gedeihen, die, von Robert Schuman eingeleitet und von General de Gaulle auf breite Grundlage gestellt, zu der selbstverständlich Freundschaft führte, die uns heute mit Frankreich unter seinem Präsidenten Pompidou verbindet.

##### Frage:

*Sehen Sie im Schuman-Plan den Beginn der „Vereinigten Staaten von Europa“ und wären Sie bereit, die sich daraus ergebenden Konsequenzen zu akzeptieren?*

##### Antwort:

In der Nußschale stellt der Plan in der Tat den Anfangspunkt des Marsches nach Europa dar. Aber auch Schuman war sich darüber im klaren, daß dieser Marsch weder kurz noch schnell sein konnte. In seiner Erklärung vom 9. Mai heißt es bezeichnenderweise: „Europa läßt sich nicht auf einen Schlag herstellen und

auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung."

Dies gilt auch für uns heute, selbst wenn wir inzwischen wesentliche Fortschritte in der westeuropäischen Konstruktion gemacht haben. Dennoch ist es fast eine Binsenwahrheit, was ich vor kurzem wie folgt zu formulieren versuchte: Die nach uns kommende Generation wird sich des Restes annehmen müssen. Die Zusammenfügung der jahrhundertealten europäischen Nationen kann nur Schritt für Schritt durch eine allmähliche Ausdehnung der Gebiete vor sich gehen, auf denen eine gemeinsame Politik möglich ist. Entscheidend ist dabei, daß der Prozeß kontinuierlich und zügig weitergeht, denn Stillstand ist gleich Rückstand.

**Frage:**

*Worin sehen Sie bei dieser Betrachtungsweise die endgültige Zielsetzung?*

**Antwort:**

Ich gehöre einer Partei an, deren Programm seit 1925 auf die Vereinigten Staaten von Europa festgelegt ist. Und niemand wird in mir einen eingefleischten Nationalisten vermuten, der etwa übernationale Behörden oder eine bundesstaatliche Organisation ablehnt. Aber wir sind heute einfach noch nicht so weit, daß man das Endziel schon in allen Einzelheiten festlegen könnte. Warum sollten wir uns auch heute schon in die überkommenen völkerrechtlichen Kategorien derartiger Zusammenschlüsse einzwängen lassen, wo hier — wie überall in der europäischen Konstruktion — so viel Raum für die schöpferische Neugestaltung besteht! Aus Erfahrung wissen wir im übrigen, daß jede vorzeitige Kristallisierung schädlich sein kann.

Fest steht, daß die Europäische Gemeinschaft ihre politische Zielsetzung in der politischen Gemeinsamkeit findet. Im EWG-Vertrag ist dies mit der vorsichtigen, aber dynamischen Formulierung eines „immer engeren Zusammenschlusses der europäischen Völker“ ausgedrückt. Die Aufgabe, die uns gesetzt ist, und der sich die Bundesregierung mit Energie annimmt, lautet ganz einfach, auf dem Weg zu diesem engeren Zusammenschluß immer weiter vorzudringen — bis schließlich der Punkt erreicht ist, wo die abschließende Form sichtbar wird und gestaltbar werden kann.

**Frage:**

*Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang die Ereignisse der letzten Monate?*

**Antwort:**

Für die Bundesregierung war die Haager Gipfelkonferenz ein Wendepunkt. Wir hatten kurz zuvor unser Amt übernommen. Unsere Erwartungen und Befürchtungen kamen in der Regierungserklärung vom Oktober 69 deutlich zum Ausdruck. Der Bundesminister des Auswärtigen und ich haben der Vorbereitung der Konferenz große Sorgfalt angedeihen lassen — und die Ergebnisse, die mit auf unsere Initiative erzielt wurden, haben bestätigt, daß die Konzentrierung auf erreichbare, konkrete Ergebnisse richtig war.

Die Haager Entscheidungen gehen weit über die Regelungen hinaus, die mit der Verabschiedung der Gesetzentwürfe durch die Bundesregierung am vergangenen Mittwoch nunmehr den gesetzgebenden Körperschaften zur Ratifizierung vorgelegt werden: die Finanzordnung der Gemeinschaft und die Stärkung der Haushaltsbefugnisse des Europäischen Parlaments. In den nächsten Wochen und Monaten wird die Bundesregierung auf den übrigen Sektoren, auf denen im Haag der politische Wille zu Fortschritten zum Ausdruck kam, weitere Schritte unternehmen.

Ich möchte alle europäisch interessierten Menschen in unserem Land — ob sie im Rahmen ihrer Parteiarbeit damit betraut sind, in den Behörden Verantwortung tragen oder sich freiwillig dafür engagiert haben —, hiermit auffordern, daran mitzuwirken, daß der Schwung, den wir im Haag der europäischen Bewegung wieder verleihen konnten, fortwirkt in neuen Aktionen. Das Jahr 1980 sollte für uns Europäer der Zielpunkt sein, bis zu dem die Union auf den Gebieten der Wirtschafts- und Währungspolitik, der

Strukturangleichung, der sozialen Harmonisierung und der institutionellen Abrundung erreicht sein sollte.

**Frage:**

*Welche Chancen geben Sie der politischen Zusammenarbeit?*

**Antwort:**

Recht gute Chancen — denn auch da haben wir auf der Haager Gipfelkonferenz zum erstenmal seit 1962 einen neuen Anfang setzen können. Nach all den enttäuschenden Erfahrungen mit früheren Anläufen zu einer Europäischen Politischen Gemeinschaft und zu einer Politischen Union wird es jetzt darauf ankommen, einen wirkungsvollen Konsultationsmechanismus aufzubauen. Er sollte einerseits über die Abstimmung und die allmähliche Annäherung der Standpunkte bis zur Formulierung gemeinsamer Auffassungen führen. Andererseits sollte er entwicklungsfähig sein im Sinne einer sich allmählich zur Union oder zur Gemeinschaft verdichtenden Zusammenarbeit. Auf diese Weise schaffen wir Konkreteres, als wenn wir durch zu hoch gesteckte Wünsche das Nächstliegende vernachlässigen. Die Bundesregierung wird bestimmt nicht hinter anderen zurückbleiben, aber sie muß bei jedem Schritt um Übereinstimmung mit ihren Partnern bemüht sein.

**Frage:**

*Die CDU/CSU verweist seit kurzem auf die Gefahr, daß die Bundesregierung wegen ihrer Ostpolitik die westeuropäische Integration vernachlässige? Wie verträgt sich dies mit dem von Ihnen Gesagten?*

**Antwort:**

Es verträgt sich deshalb nicht, weil diese Behauptung völlig abwegig ist. Ich wundere mich eigentlich, wie eine solche falsche Betrachtungsweise bei uns aufkommen kann — denn im Ausland wird diese Meinung nirgendwo vertreten. Das konkrete Verhalten der Bundesregierung in Brüssel spricht deutlich die gegenteilige Sprache. Unsere Ostpolitik verlangt eine Aktivierung der Westpolitik, da diese in jene eingebettet sein muß. Unsere deutsche Ostpolitik versteht sich als Teil der aufeinander abgestimmten Ostpolitik Westeuropas, die ihrerseits in ihren Bündnis-Bindungen zu den Vereinigten Staaten zu sehen ist. Aus diesem Zusammenhang ergibt sich meiner Meinung nach ein weiteres starkes Argument dafür, daß wir in Westeuropa rascher vorankommen müssen.

Die westeuropäische Integration sollte in einer gesamteuropäischen Perspektive gesehen werden. Die Europäische Gemeinschaft versteht sich ja nicht als ein Verein für selbstgenügsame Westeuropäer, sondern als eine Ordnung in diesem Teil Europas, die einer organischen Verbindung mit den osteuropäischen Staaten bedarf. Schließlich tragen alle europäischen Völker eine gemeinsame Verantwortung für den Frieden und die Entwicklung unseres Kontinents. In diesem Sinne sind die nach Osten und die nach Westen gerichtete Politik der Bundesregierung Elemente einer einzigen, in sich geschlossenen deutschen Außenpolitik: sie strebt ein befriedetes und geeintes Europa an, in dem auch Deutschland seinen Platz finden wird.

Der letzte Sinn der europäischen Konstruktion läßt sich nicht besser wiedergeben, als durch ein Zitat aus der Schuman-Erklärung von vor zwanzig Jahren. Er sagte: „Der Beitrag, den ein organisiertes und lebendiges Europa für die Zivilisation leisten kann, ist unerlässlich für die Aufrechterhaltung friedlicher Verhältnisse.“